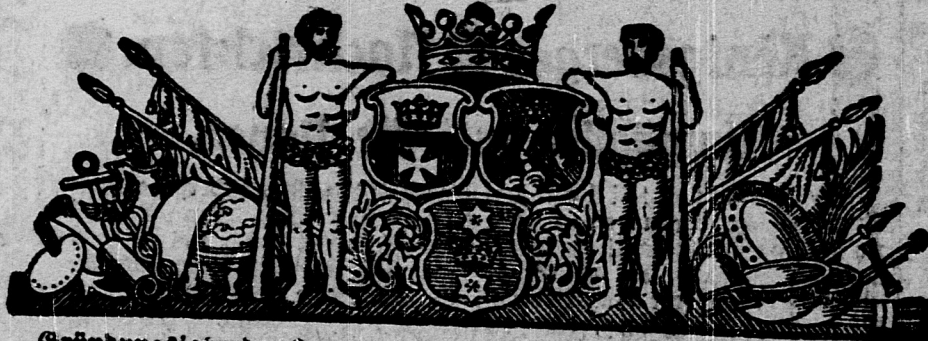


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).
 Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.
 Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Rechner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 50 Pfg. für Aufträge außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 40 Pfg.) Vorzugsanzeigen 2,00 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.
 Postfach-Nummer: 141, Königsberg.
 Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, In der Apostelstraße 7. (Ergow 6202/3.)

Zwist im Vielverband zur Friedensfrage. Saar und Danzig. — Die Ruhrstreiklage. — Württemberg im Generalfreik. Nordische Fischausfuhr freigegeben. — Der Kommandant von Berlin abgesetzt.

Groß-litauische Rädelsführer.

Zwei Mitglieder der sogenannten „Litauischen Landeskommission“ veröffentlichten, nach der „Lit. Allg. Ztg.“, in neutralen Auslands folgenden „Notiz“:

Abgeschnitten von der ganzen Welt und unterdrückt von den Deutschen, sehen die preussischen Litauer keinen anderen Ausweg, als über das Ausland Verbindung mit der Öffentlichkeit zu erhalten. Wir bitten das gesamte Ausland, sich unserer Sache anzunehmen und unsere Interessen gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten.

In allen deutschen Zeitungen, in allen offiziellen deutschen Erklärungen wird von den östlichen Gebieten Ostpreußens als „unrechtlicher Boden“, als „echt deutsches Land“ gesprochen. Mit seinem Wort wird erwähnt, daß das ganze Gebiet echt litauisch ist. Im Gegenteil.

Die Urbewohner dieses Landes werden sowohl von den deutschen Behörden wie von Privaten in jeder Hinsicht unterdrückt und in jeder Bewegung behindert. Die Schulen sind nur deutsch, die Amtssprache ebenso, selbst die Presse, die von den alldeutschen Kapitalisten in alldeutscher Weise geleitet wird, obgleich sie in litauischer Sprache erscheint. Und bei Todesstrafe verbieten die A- und E-Räte über eine Vereinigung von Preussisch-Litauern mit Groß-Litauern zu sprechen. Aus diesen Gründen hat die in Litauen versammelte preussisch-litauische Landeskommission beschlossen, Hilfe in neutralen Auslands zu suchen. Sie hat ihre Vertreter beauftragt, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Im Hinblick hierauf wenden sich die Unterzeichneten an die verehrliche Redaktion von „Königsberg“ mit der ergebenden Bitte, folgenden Protest zu veröffentlichen:

Wir Preussisch-Litauer zählen in ganz Ostpreußen 200 000, im übrigen Deutschland 150 000, im ganzen Deutschland 350 000 Personen. Wir wohnen gesammelt in den Kreisen Memel, Heidekrug, Tiltit, Nagmit, Piltallen, Stallupönen, Gollub, Insterburg, Partschewen, Wehlau, Gumbinnen, Tapiau, Labiau und Niederung. Wir waren 2000 Jahre die Ureinwohner dieser Gebiete und wurden vor ca. 600 Jahren durch den Deutschen Ritterorden von unserm Mutterlande, Groß-Litauen, getrennt. Wir haben unsere Sprache, unsere Eigentümlichkeiten und unsere Kultur bewahrt und wir fühlen uns eins mit unsern Brüdern in Groß-Litauen. Wir fühlen uns unzertrennbar verbunden mit ihnen und werden mit allen Mitteln energisch gegen eine Trennung von Groß-Litauen und gegen unser weiteres Verbleiben in Preußen kämpfen. Unsere Lösung kann nur sein: Los von Deutschland! Wir bitten eindringlich um Hilfe in unseren Bestrebungen, um der ganzen zivilisierten Welt zu zeigen, wie barbarisch die Deutschen gegen uns vorgegangen sind.

Jonas Vanagaitis,
 Mitglied der Landeskommission.
 Jurgis Lukšulaitis,
 Vorsitzender der Landeskommission für Preussisch-Litauen und Leiter des 1. preussisch-litauischen Regiments.

Dieses Dokument der Verleumdung soll, nach dem genannten Blatte, durch ein im Danziger Hafen angelangtes französisches Torpedoboot nach Kopenhagen gebracht und der Redaktion des dortigen Blattes „Königsberg“ überreicht sein. Es wird zweifellos von deutschfeindlicher Seite als Beweis „deutscher Barbarei“ verwendet werden. Es erübrigt sich auf einen Nussin, wie die Behauptung „Wir waren 2000 Jahre die Ureinwohner dieser Gebiete“ näher einzugehen, steht doch geschichtlich fest, daß noch in historischen Zeiten Germanen bis weit nach Rußland hinein das Land bebauten. Der deutsche Besitz des Landes seit 600 Jahren kann ja nicht einmal von den Unterzeichnern bestritten werden, die, um überhaupt einen Einbruch zu machen, mit falschen Zahlen operieren, wenn sie die Zahl der Deutsch-Litauer in den Grenzfreien mit 200 000 angeben, während es in Wirklichkeit nur rund 89 900 sind. Von diesen 89 900 aber wollen mindestens 99,5 Prozent, wie die Abstammung des deutsch-litauischen Volksrates für den Preis des Preussischen Reiches bewiesen hat, gar nicht von Deutschland getrennt werden. Sie fühlen sich garnicht „unterdrückt“. Freilich Leuten, wie Jonas Vanagaitis, der nach dem „Litauer Blatt“ als früherer preussischer Unteroffizier wegen Solbatenhänderei mit Festung bestraft und aus dem Heere ausgeschlossen ist, mag in Preußen nicht wohl sein. Wenn den Russisch-Litauern an solchen Elementen etwas liegt, dann wollen wir diese Vaterlandsverräter nicht hindern, den preussischen Staub von ihren Hüften zu schütteln, lassen sie sich jedoch wieder diesseits der Grenze sehen, dann muß sie die Strafe des Hochverratsgesetzes mit voller Schwere treffen.

Der Kommandant von Berlin abgesetzt.

Berlin, 1. April. Die „Vossische Zeitung“ meldet: Der Kommandant von Berlin, Plawunde, wurde wegen grober Verfehlungen vom Reichswehrminister Koste bis auf weiteres seines Dienstes enthoben. Die Verfehlungen, über die wohl die Untersuchung Genauerer ergab, werden aus gewissen Unstimmigkeiten in den Abrechnungen gefolgt. Die Führung der Geschäfte übernahm nach einer Mittelrunde, die vorzeitig in einer Versammlung des Korpskommandanten des Gardefürst regiments gemacht wurde, vorläufig der Angehörige des Kommandanturrates Fellechner, bis Generalmajor Schöpfkin, dem die Kommandantur untersteht, im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister über die endgültige Übernahme der Geschäfte verfügt.

Ohne Amerika?

Der Rat der Vier auf dem toten Punkt.

W.B. Rotterdam, 1. April. Dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ zufolge teilt der Korrespondent der „New York Times“ bei der Friedenskonferenz seinem Blatte mit, daß Amerika sich möglicherweise von der Friedenskonferenz zurückziehe. Der Ausgang seines Telegramms lautet folgendermaßen: Wenn die Zustände auf der Friedenskonferenz nicht besser werden, ist es wahrscheinlich, daß die Welt eine große Senation erleben wird. In Wirklichkeit sind die Sektionen des Rates der Vier auf dem toten Punkt angekommen. Die ganze letzte Woche kann als verhängnisvoll angesehen werden. Seitern ist tatsächlich die Krise eingetreten. Die Lage hat sich verwickelt, statt gebessert.

Frankreichs Maßlosigkeit.

W.B. Rotterdam, 1. April. Dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ zufolge meldet „Daily Chronicle“, daß die Frage der Wiedergutmachung eines der größten Hindernisse für den Frieden sei. Man ist der Meinung, daß, wenn die Franzosen der amerikanischen Methode, die die Wiedergutmachung betreffenden Fragen zu lösen, beipflichten, man sagen könne, daß der Friede beinahe in Sicht sei. Seit gestern ist jedoch die ganze Lage verändert. Die Franzosen nahmen den Standpunkt ein, daß das ganze Saartal Frankreich als Teilentschädigung für die von den Deutschen zerstörten französischen Kohlenbergwerke abgetreten werden müsse. Es wird angenommen, daß sowohl Wilson als auch Lloyd George dagegen protestierten. Der amerikanische Standpunkt ist, daß die Alliierten sich zu dem Prinzip bekennen, daß die Völker nicht verteilt und nicht ohne ihre eigene Zustimmung von einer nationalen Übergewalt einer anderen abgetreten werden dürfen. „Daily Chronicle“ schreibt weiter, daß es begreiflich sei, wenn die in Amerika herrschende Unzufriedenheit über die Verzögerung des Friedensschlusses auf Wilson einen Einfluß ausübe und Wilson sich frage, ob er den Interessen seines Landes damit gehorchen habe, daß er länger in Paris bleibe. „Daily Chronicle“ zufolge erreichte die Spannung auf der Friedenskonferenz ihren Höhepunkt, wobei ganz offen darauf hingewiesen wird, daß an jeder Verzögerung des Friedens Frankreich die Schuld trägt. Das Blatt schreibt: Der ärgerlichste Zug an der Haltung der Franzosen sei die Tatsache, daß sie immer wieder, nachdem sie klar und deutlich einer bestimmten Regelung beipflichteten, neue Vor schläge machen, die mit der früheren Übereinkunft nicht vereinbar sind oder der ursprünglichen Regelung nicht nachkommen wollen. Inzwischen sei die Lage Ostpreußen so schlecht geworden, daß manches Volk, das es bei den Verhandlungen geht, zweifelt, ob die Alliierten dieser Lage Herr werden können. Die Wahrheit sei, daß die Lage auf der Friedenskonferenz ernst ist. Wenn nicht bald eine Aenderung zum Guten eintrete, könnten anstrengender Dinge eintreten.

England befinnt sich auf Wilsons Programm.

B.D. Basel, 1. April. „Reuter“ verbreitet einen Artikel, in dem die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vertretet wird und sagt, es soll an der Aktion gegen den Bolschewismus teilnehmen. Ferner soll Deutschland 12 Monate verproviantiert werden und Danzig behalten. Es gehe auch nicht an, 700 000 Slawen wie Vieh von der österreichischen Herrschaft unter die italienische zu bringen. („L.-A.“)

B.D. Basel, 1. April. Die „Baseler Nachrichten“ melden: Unter dem Vorsitz von Lord Parmora hat sich in London ein Komitee gebildet, das einen Aufruf gegen die Hungerblockade, mit der der Krieg begonnen wurde, erläßt. Der Aufruf lautet: Laßt die Regierung durch unser Parlament endlich wissen, daß dieser Zustand nicht andauern darf im Interesse unserer gemeinsamen Menschlichkeit. Fordert weiteres Nachlassen der Blockade und die Beschaffung der notwendigen Transportmittel. Unterstützt die Regierung in jeder Reorganisation der Lebensmittelfuhr in unserm Lande, die dazu beiträgt, daß unsere Brüder und Schwestern in Serbien, Rumänien, Rußland, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Estland, Litauen und Polen ernährt werden können. Die Regierung empfindet uns, wenn wir essen, um den Krieg zu gewinnen. Sagt der Regierung, daß Ihr weniger essen wollt, um Europa zu retten. („L.-A.“)

Foch wieder in Spa.

W.B. Paris, 1. April. („Gazette“) „Echo de Paris“ meldet: Marschall Foch reiste heute nacht nach Spa und wird dort mit allen erforderlichen Instruktionen, um mit den deutschen Bevollmächtigten in Spa zu verhandeln. Er wird mit dem Rat der Vier in dauernder Verbindung stehen. Der Rat für Ueberseetransporte ergreift alle Maßnahmen, um den Transport von Truppen zu sichern. Man nimmt an, daß der Rat der Vier nicht zögern wird, erforderlichen Falles zu Taten überzugehen.

Freie Fahrt durch Bosphorus und Dardanellen.

W.B. Bern, 1. April. „Temps“ zufolge überreichte die Türkische Kommissar in Konstantinopel eine Denkschrift, in der sie sich mit der freien Durchfahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen in Kriegs- und Friedenszeiten einverstanden erklärt. Ferner wird statistisch nachgewiesen, daß in allen Vilajets des osmanischen Reiches die türkische Bevölkerung in der Mehrzahl sei und angeführt, daß Griechen, Armeniern, Juden usw. weitgehende Autonomie gewährt werden soll.

Ruhrstreik und Württemberg. Das Ruhrgebiet unter Belagerungszustand.

B. D. Berlin, 1. April. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, die Verhängung des Belagerungszustandes im Ruhrgebiet hat bisher schon das Ergebnis gehabt, daß sich immer mehr Arbeiter den Arbeitswilligen anschließen. Die Mehrheit der Arbeiterschaft ist davon überzeugt, daß die Reichsregierung ihre Forderungen in weitgehendstem Maße erfüllt hat und auch anderen Wünschen so weit wie möglich entgegenkommen wird. An zuständiger Stelle wird angenommen, daß der Spartakussterror im Ruhrgebiet binnen kurzem gebrochen und die Arbeit wieder aufgenommen werden wird. („Nationalzeitung“)

W.B. Berlin, 1. April. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Bochum: Die Vorstände-Konferenz der vier großen Bergarbeiterverbände befaßt sich in eingehender Beratung mit der Lage im Ruhrgebiet. Es wurde eine Entschließung einstimmig nachdrücklich alle belagerten Arbeiter warnen, sich an dem Generalfreik zu beteiligen.

W.B. Essen, 1. April. Soweit sich die Lage bis jetzt übersehen läßt, hatte die Streikauflösung der Spartakisten nur geringen Erfolg. Die größte Zahl der Ausständigen ist im Dortmund- und Bistener Bezirk, von wo die Bewegung ihren Ausgang genommen hat. Im Dortmunder Bezirk ist nur die Foch-Blockade aufgehoben. Auf den beiden Gemeindefrägen Deutscher Kaiser und in Hamborn wird überall gearbeitet. In den Bezirken Altdorfer, Werben und Gattungen sind die Foch-Blockade, Wilhelm und Victoria, im Essener Bezirk die Foch-Blockade, Wilhelm und Amalie vom Streik betroffen. Auf der Foch-Blockade, wo die Belagerten gestern ausständig war, ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden. Ebenso arbeiten die Belagerten der Foch-Blockade und Königin Elisabeth. Im Neulingsbanner Gebiet sind die Belagerten der Foch-Blockade, Victoria und König Ludwig ausständig. In Ruhrortungen ist es nirgends gelungen.

Generalfreik in ganz Württemberg.

W.B. Berlin, 1. April. Die Stuttgarter Streikleitung hat den Generalfreik für ganz Württemberg proklamiert. Daraufhin hat auch die Führung der württembergischen Bürgerwehr beschlossen, den bürgerlichen Gegenstreik gleichfalls auf ganz Württemberg auszuweiten. Die Lage wird immer kritischer. Die Verhinderung der Arbeitslosigkeit ist noch nicht ganz gelöst. In einigen Betrieben haben sie sich gegen den Streik erklärt, einige Gruppen jedoch gerufen immer mehr unter radikalen Einfluß. Unabhängige und Kommunisten handeln gemeinsam.

Belagerungszustand in Stuttgart.

W.B. Stuttgart, 1. April. Die Regierung verhängt heute morgen wegen dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit den Belagerungszustand über Stuttgart und Umgebung. Leisentliche Solale aller Art, Theater usw. sind von 3 Uhr abends bis 5 Uhr früh zu schließen. Der Verkehr auf den Straßen ist von 9 Uhr abends ab verboten. Unstetendliche Kriegsverbrechen werden eingeleitet. Wenn die Bevölkerung den Anordnungen unobdient folgt, hofft die Regierung, den Belagerungszustand in kürzester Frist wieder aufheben zu können.

W.B. Berlin, 1. April. Wie das „Nacht- und Nebelblatt“ aus Stuttgart meldet, kam es heute zwischen Regierungstruppen und Demonstranten zu einem Zusammenstoß, wobei viele Personen verletzt und zwei getötet wurden. Die Regierungstruppen trieben die Demonstranten auseinander, worauf bald die Ordnung wieder hergestellt wurde.

Die Opfer der Frankfurter Unruhen.

W.B. Frankfurt a. M., 1. April. Die gekürzten Unruhen forderten, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, elf Tote, darunter sieben Pläuderer. Von den Polizeitruppen fielen zwei Mann, ein dritter wird vermisst. Von den Matrosen wurden zwei Mann getötet und sieben schwer verletzt. Bis jetzt sind über 20 sehr schwer verletzte Pläuderer im Krankenhaus zugeführt worden. In den frühen Morgenstunden wurde das große Lebensmittelgeschäft Büchle & Baumgarten von Pläuderern heimgesucht, denen 200 Zentner Butter, 70 000 Eier und 100 Zentner Fett in die Hände fielen.

W.B. Frankfurt (Main), 1. April. Nach verhältnismäßiger Ruhe während des Vormittags wurden mittags nach 12 Uhr neue Ausschreitungen verübt, die wiederum in der Altstadt begannen. In der Alleebrunnstraße verlor die Polizei die Lebensmittelschäfte und Bäckereien einzubringen, um zu plündern. Die gelarmten, zur Verfügung stehenden Polizeikräfte rüdten sofort nach dort aus. Die Kämpfe sind zurzeit noch im Gange. Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten verfügt die Straßenherre von 7 Uhr abends ab. Autos, Theater und Wirtschaften müssen bereits um 6 Uhr schließen. Am den Verkauf des geschloffenen Gutes zu verhindern, wird der Straßenhandel, der sonst üblich blühte, verboten. Wer Waffen trägt, wird als Pläuderer betrachtet und bestraft. Die gefährdeten Gegenden wurden von mit Sandgranaten ausgerüsteten Polizeitruppen abgeperrt.